

Keine Grundgesetzänderung für Hochrüstung und Kriegstüchtigkeit

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde des Friedens,

vor wenigen Tagen erreichte uns alle die Nachricht, dass der Großteil des Bundestags in alter Besetzung plant, die Hürden für Kriegskredite in unendlicher Höhe freizuräumen. Zusätzlich soll es ein Sondervermögen von 400 Milliarden über 12 Jahre geben, um „Infrastruktur“ zu finanzieren.

Aber geht es dabei um unsere Infrastruktur, unsere Schulen, Kitas und Universitäten? Nein, es geht zum Großteil um Straßen, Brücken und Bahntrassen, die kriegsnotwendig sind. Nur ungefähr ein Fünftel geht an die Länder und Kommunen, die für den Großteil der Investitionen in zivile Infrastruktur zuständig sind. Der Sozialabbau ist weiter vorprogrammiert.

Und die SPD stimmt den Kriegskrediten, wie bereits 1914, zu. Schon damals erklärte Hugo Haase in seiner Rolle als Fraktionsvorsitzender der SPD: „Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich.“ Auch heute begründen sie so ihre Zustimmung: „In Zeiten knapper Haushaltsmittel brauchen wir schnell deutlich mehr Investitionen in unsere Verteidigungsfähigkeit“.

Aber geht es der SPD um Verteidigung? Nein, damals wie heute plant das deutsche Kapital die Aggression. Die Europäische Union hat doppelt so viele Soldaten und gibt 120 Milliarden pro Jahr mehr als Russland für das Militär aus. Sollen wir wirklich glauben, dass das Militär noch mehr Waffen braucht, um sich gegen ein Land zu wehren, dass deutlich weniger Soldaten und deutlich weniger Geld für sein Militär ausgibt?

Seit der Wiedervereinigung baut sich die Bundesrepublik wieder als Großmacht auf und möchte die wirtschaftlichen Interessen ihres Kapitals auch militärisch in aller Welt durchsetzen. Zunächst durch die Bombardierung von Jugoslawien. Später durch den Angriff auf Afghanistan, in dem Deutschland mit den USA eine Marionettenregierung einsetzte und über zweihunderttausend Zivilisten ermordete. Auch heute hält sie die für Nachschub von Waffen für den Völkermord in Gaza notwendigen Wasserstraßen im Roten Meer frei, gleichzeitig liefert sie Waffen, inklusive U-Boote, an Israel. Und patrouilliert mit Schiffen in aller Welt, vor der Küste Chinas und den Küsten Russlands.

Gleichzeitig wird die gesamte Gesellschaft kriegstüchtig gemacht. In Bayern müssen Hochschulen auf Wunsch des Militärs Kriegsforschung betreiben. Und in Berlin werden regelmäßig Demonstrationen zusammengeschlagen und kriminalisiert.

Der Bundestag beschloss kürzlich, dass Personen, die sich gegen die Staatsräson stellen, Fördermittel verlieren können, exmatrikuliert werden oder sogar abgeschoben werden können. Die Bundeswehr soll wieder in die Mitte der Gesellschaft gerückt werden.

Und wir Jugendlichen werden eine der ersten Opfer der Militarisierung werden. Friedrich Merz kündigte in der ARD an, er würde die Wehrpflicht für alle Jugendlichen einführen, auch in Reihen von SPD und Grünen werden Stimmen laut, die das fordern, und das könnte in wenigen Monaten schon die Realität werden. Es soll uns ein Jahr unseres Lebens geraubt werden, wir sollen zu Kriegstüchtigkeit, Drill und Gehorsam erzogen werden.

Statt eigständig kritisch zu denken, statt zu lernen, sollen wir den deutschen Imperialismus stärken.

Deswegen fordern wir:
Nein zur Wehrpflicht!
Nein zu ihren Kriegen!

Unser Interesse ist nicht der Krieg, sondern das friedliche Zusammenleben mit allen Völkern, allen Menschen dieser Welt. Völkerfreundschaft statt Krieg und Kriegsertüchtigung!

Ich möchte mit einem Zitat von K.I.Z enden: „Na klar sind wir für Frieden, doch erst müssen wir gewinn'n“.

Genau dieses Zitat entlarvt die herrschende Klasse, statt für friedliches Zusammenleben sind sie für „Frieden“, aber nur für den „Frieden“ unter ihrer Herrschaft.

Vielen Dank.